

Schock, Warnungen und Kritik an der Politik



Menschen nehmen an einer Kundgebung unter dem Motto „Krach gegen Nazis“ am Brandenburger Tor teil.
Archivfoto: Fabian Sommer/dpa

Zahlreiche Leserinnen und Leser reagieren auf das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt und die wachsende Zustimmung zur AfD in weiteren ostdeutschen Bundesländern – eine Auswahl.

Frank Reiter aus Herzogenrath schreibt zu den Berichten „An der Schwelle zur absoluten Mehrheit“ sowie „Smart und stramm rechts“: Ich bin erschüttert über das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt. Fast die Hälfte der Wähler hat sich gegen Menschenrechte und gegen Demokratie entschieden. Was läuft da gerade falsch in Deutschland? Vielleicht hilft ein Blick auf die Namen einiger der in den vergangenen Jahren regierenden Parteien: CDU/CSU – das C steht für christlich. Für Nächstenliebe, Barmherzigkeit, Demut und Vergebung. SPD – das S steht für sozial. Für Miteinander, Solidarität, Chancengleichheit und Armutsbekämpfung. FDP – das F steht für frei. Für den Schutz der Grundrechte, Selbstbestimmung, Privatheit und eines fairen Wettbewerbs. Was habe ich von diesen Parteien in den vergangenen Jahren erlebt? Herzlich wenig von dem, was ihre Parteinamen versprechen. Und die Grünen? Ja, Grün steht für Umweltschutz. Und dafür kämpfen viele Grüne oft sehr verbissen. Grün ist aber auch die Farbe der Hoffnung. Und die vermisste ich sehr in der grünen Politik. Mein Wunsch: Politiker, schaut euch doch mal eure Parteinamen an. Und macht eine christliche Politik.

Oder eine soziale. Oder eine freiheitliche. Gern auch eine hoffnungsvolle. Dann suchen die Menschen weniger nach Alternativen, sondern wählen demokratische Parteien, deren Name wieder Programm ist, statt eines falschen Versprechens.

Anita Strauch aus Stolberg meldet sich zum Karlo-Clever-Bericht „Warum über die AfD so viel gestritten wird“ zu Wort:

Zum Artikel möchte ich sagen, dass er verständlich für Kinder geschrieben ist. Ich muss aber unbedingt darauf hinweisen, dass wesentliche strittige Programmpunkte der AfD nicht erwähnt werden. Ich werde diese nun bewusst in einer kindverständlichen Sprache benennen: Die AfD hält sich nicht an Regeln, die im deutschen Grundgesetz stehen. Wie jedes Kind lernt, müssen Regeln eingehalten werden. Die AfD sagt, dass Freunde, die aus einem anderen Land kommen, eine andere Hautfarbe haben oder eine andere Religion ausüben, hier nicht bleiben sollen und weggeschickt werden sollen. Die AfD sagt, dass es den Klimawandel nicht gibt, trotz großer Hitze, enormer Trockenheit, Waldbränden, Überschwemmungen und Hitzetoten. Die AfD versucht immer wieder, die Pressefreiheit einzuschränken, und schüchtert Menschen ein, die eine andere Meinung haben.

Richard Heinen aus Düren schreibt zum Wahlerfolg der AfD in Sachsen-Anhalt: Die AfD hat vollkommen recht. Beweist nicht das Wahlergebnis ihre Behauptung, dass in den Altersheimen den Senioren der Stift geführt wird? Ironie beiseite. Die Wahlbeteiligung lag mit rund 77 Prozent um rund 19 Prozentpunkte höher als 2021. Neben den Stammwählern wollten also viele der damaligen Nichtwähler unbedingt der AfD zum Sieg verhelfen. Nach demokratischen Gepflogenheiten sollte die AfD die Regierung bilden, meinetwegen eine Minderheitsregierung, geduldet vom Bündnis Sahra Wagenknecht. Viel Gutes verheißt das nicht. Es fällt schwer, einen als rechtsextrem eingeschätzten Parteilandesverband an den Hebeln der Macht sehen zu müssen. Die Alternative – eine Koalition aller fünf anderen im Landtag vertretenen Parteien – ist abwegig. Ihre Streitereien sind vorhersehbar und werden erst recht zu einer weiteren Verdrossenheit des Wahlvolkes führen. Die anderen Parteien sollten sich des Spruchs des letzten sächsischen Königs „Macht doch euren Dreck alleene“ erinnern. Eine AfD, die schnell ihre Luftschlösser abbauen muss, entzaubert sich selbst. Ihr jetzt schon aufgebautes Argument – alles Schuld des Bundes – wird nicht lange wirken.

Günter Vogel aus Jülich schreibt mit Blick auf die kommende Wahl in Mecklenburg-Vorpommern:

Das Ergebnis der AfD in Sachsen-Anhalt und die entsprechenden Aussichten für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 20. September sind erschreckend, zeigen aber geradezu das Verhalten vieler Wähler, die sich wie Lemminge ins Unheil stürzen, obwohl das, was ihnen versprochen wird, so unrealistisch ist wie der Betrugstrick mit den Enkeln und falschen Polizisten. Alles erinnert mich an eine Fabel, die leicht abgewandelt so gehen könnte: Der blau gewandete, listige Fuchs kommt hungrig an einem Baum vorbei, auf dem viele Vögel sitzen und ein gar köstliches Mahl abgäben.

Der Fuchs flüstert den Vögeln mit sanfter und verführerischer Stimme zu, dass der Baum morsch sei und sie bald nicht mehr tragen könne, vor allem wegen der vielen fremden Vögel, die auf ihm säßen und die Äste zum Brechen brächten. Da helfe es nur, so der Fuchs, alle Äste abzusägen, damit der Baum wieder zu Kraft fände und die Vögel alle Sorgen los seien. Die Mehrzahl der Vögel ist begeistert und erkennt die Unsinnigkeiten nicht, die der Fuchs ihnen verspricht. So lassen sie sich für dumm verkaufen, sägen alle Äste ab, auch die, auf denen sie selbst sitzen, und fallen zu Boden, wo der hungrige Fuchs nur darauf wartet, sich mit ihnen den Bauch vollzuschlagen. Der angeblich kranke Baum aber erholte sich nicht mehr von dem, was seine Bewohner ihm angetan hatten. All das wusste der blaue Fuchs, es kümmerte ihn aber nicht; sein Ziel war ja nicht das Wohl der Vögel und des sie tragenden Baumes, sondern nur sein eigenes. Und die Moral von der Geschicht? Unheil wird wohl erst erkannt, wenn es zu spät ist.

Gerald Ullrich aus Aachen schreibt zur Wahl in Sachsen-Anhalt: Das Ergebnis, eine klare Folge der Bundespolitik, hat mich geschockt, aber nicht überrascht. Wer wie die Union jahrelang am Volk vorbei Politik macht, braucht sich nicht zu wundern, wenn man abgestraft wird. Angefangen bei Angela Merkels „Wir schaffen das“, das der unkontrollierten Massenmigration Tür und Tor geöffnet habe, über das Festhalten an Politikern wie Andreas Scheuer und Alexander Dobrindt (Mautdebakel) bis zu Jens Spahn (Maskenaffäre/Leihmutterchaft). Dazu kommt jetzt ein Kanzler Friedrich Merz – ich dachte, schlimmer als Olaf Scholz kann es nicht werden –, der die BRD wie einen Konzern führt und verlangt, dass der Gürtel enger geschnallt werden muss, nur nicht bei sich und seinen Genossen, arrogant und abgehoben ist und keinen Bezug mehr zu den kleinen Leuten hat. Danke auch an die SPD, die sich nur zwecks Machterhalts von den Grünen auf der Nase herumtanzen ließ und stark zur Deindustrialisierung der BRD beigetragen hat. Von irgendwelchen Linken, die am liebsten das Geld, das andere erarbeiten, an Faule umverteilen würden, brauchen wir gar nicht zu sprechen. Macht alle nur so weiter, die AfD freut sich schon.

Hans-Jürgen Mallmann aus Übach-Palenberg schreibt zum AfD-Wahlsieg: Die AfD zeigt ihr wahres Gesicht. Ulrich Siegmund verkündet als Sieger, er sei Demokrat. Das sagt er so oft, bis es die Leichtgläubigen als Wahrheit wahrnehmen. Tatsächlich besteht er darauf, dass ein möglicher Koalitionspartner natürlich nur das AfD-Programm mit ihm ohne Abstriche teilen muss. Damit baut er selbst eine Brandmauer auf. Wer will das schon? Tatsächlich will die AfD nicht regieren. Dann müsste sie ihre Parolen, mit denen sie auf Stimmenfang ging, verwirklichen. Solange man in der Opposition ist, kann man Randalen machen. Die übrigen demokratischen Parteien üben sich in Selbstkritik, ohne zu realisieren, dass das Ganze von der AfD doch nur heiße Luft war. Ich hätte ihr eine absolute Mehrheit gewünscht, dann wäre sie in fünf Jahren oder früher nur noch Geschichte. Ihre Wähler würden die gewünschten Änderungen erleben, das wahre Gesicht der AfD kennenlernen und das bekommen, was sie wollten. Es würde ihnen

allerdings nicht schmecken. Der einzige Vorteil dieser Wahl: Unsere unfähigen Politiker wissen nun, dass sie Entscheidungen für das Volk und nicht nur für das Kapital und noch mehr Gewinn treffen müssen. Es ist an der Zeit, auch an diese Adressen Forderungen zu stellen.

Heinz Glasmacher aus Aachen reagiert auf den Kommentar „Schwarzer Sonntag“ von Peter Pappert: Sie haben die falsche Überschrift zum richtigen Artikel gewählt. Diese Überschrift erzeugt Hoffnung, wo keine mehr ist.

Die (Lokal-)Redaktion bittet um Verständnis dafür, dass sie wegen der vielen Zuschriften nur eine Auswahl treffen kann und Kürzungen vornehmen muss. Die Längenbegrenzung liegt bei 1800 Zeichen inklusive Leerzeichen. Des Weiteren möchten wir darauf hinweisen, dass Leserbriefe nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Einsendungen an die Leserbriefredaktion können sowohl in den gedruckten und elektronischen Ausgaben unserer Zeitungen als auch auf unseren Internetseiten veröffentlicht werden. Leserbriefe senden Sie bitte per E-Mail ein oder an: Redaktion Leserbriefe Postfach 500 110 52085 Aachen. Die Leserbriefredaktion ist montags bis freitags jeweils von 10 bis 18 Uhr telefonisch unter 0241/5101-880 zu erreichen. Ebenfalls möglich ist eine E-Mail an die Adresse leserbriefe@aachener-zeitung.de.